



## Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,  
liebe Leserinnen  
und Leser,

in dieser Woche haben wir im Deutschen Bundestag erstmals über das Gute Kita-Gesetz debattiert. Damit soll bundesweit die frühkindliche Bildung in Kitas verbessert werden. Zu diesem Zweck stellt der Bund bis 2022 5,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Diese Mittel sollen sowohl in bauliche Maßnahmen als auch in die Verbesserung des Erzieher-Kind-Schlüssels sowie in die Ausbildung der Erzieher fließen. Bereits in den letzten Jahren hat der Bund den Kitaausbau mit elf Milliarden Euro unterstützt. Weil die Länder für die Kitas zuständig sind,

hat der Bund diese Unterstützung in Form eines Sondervermögens geleistet. Nun aber sollen die Mittel über den in anderen Fällen bewährten Königsteiner Schlüssel an die Länder verteilt werden. Damit aber verliert der Bund die Kontrolle über die sachgemäße Verwendung des Geldes.

Nun haben mich in den letzten Tagen Stellungnahmen von Verbänden erreicht, die befürchten, dass die Länder dann ihren Anteil an der Kitafinanzierung zurückfahren. Damit würde die zugrunde liegende Idee einer zusätzlichen Finanzierung torpediert. Ich unterstütze darum den Wunsch nach einer klaren Kontrolle der

verteilten Mittel. Es muss für den Bund als Geldgeber immer nachvollziehbar sein, wofür die Mittel im Einzelnen verwandt wurden. Im Verlauf der weiteren Beratungen werde ich mich dafür einsetzen, dass eine entsprechende Kontrollfunktion in das Gesetz aufgenommen wird. Eine Vergabe der Mittel über die erneute Einrichtung eines Sondervermögens wäre in meinen Augen die effizientere Lösung.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen.

Herzlichst Ihr



Nr. 19/19. WP  
19. Oktober 2018

Am 18. Oktober waren 40 Schülerinnen und Schüler der Sportschule Frankfurt (Oder) im Bundestag zu Be-

such. Realitätsbezogener Politikunterricht, auch beim Erleben, als ich aufgrund einer namentlichen Abstimmung unser Gespräch unterbrechen musste. Es ist wichtig, dass diese jungen Menschen den Bundestag als ihr eigenes Haus sich aneignen können und die Abgeordneten tatsächlich als die von Wählern dorthin geschickten Vertreter wahrnehmen, die Spielregeln für unser Zusammenleben auf demokratische Weise bestimmen.

## Besorgnis über Gewalt gegen Journalisten in Europa

Auch in Europa werden Journalisten durch Gewalt bedroht und sogar ermordet. Die Presse- und Meinungsfreiheit ist in Gefahr. Dies zeigen Fälle wie der Mord an dem slowakischen Investigativ-Journalisten Jan Kuciak und seiner Verlobten Martina Kusnirova sowie der Anschlag auf Daphne Caruana Galizia in Malta im Oktober 2017.

Ich teile die im Menschenrechtsausschuss in dieser Woche durch die Bundesregierung geäußerte Besorgnis über die zunehmenden Repressalien und die wachsende Gewalt gegen Journalisten auch in Europa. Wir sollten uns dringend Gedanken machen, warum diese Gewalt zugenommen hat und was wir für eine rechtssichere und

freie journalistische Tätigkeit, die uns allen dient, unternehmen können. Der zunehmenden Verrohung und Gewaltbereitschaft der gesellschaftlichen Akteure und deren Sprache muss begegnet werden. Wir können Hasstiraden in Einzelfällen mit einer friedlichen Sprache begegnen.

Zur Bekämpfung illegaler Hassreden im Internet sollte der Ermessensspielraum der Social Media-Unternehmen bei der Festlegung „illegaler“ Inhalte ausgeschöpft werden, um diesen Hass einzuschränken. Politische Maßnahmen könnten die kontrollierte Lizenzvergabe für nationale Rundfunksender oder die bessere finanzielle Ausstattung von öffentlich-rechtlichen Sendern und von investigativem Journalismus

sein. Einen besseren Schutz würde man schaffen, wenn bei Gewalt gegen Journalisten häufiger auf strafrechtliche Mittel zurückgegriffen würde, wie es das Europäische Parlament in seiner Entschließung vom 3. Mai 2018 zum Thema: „Freiheit und Pluralismus der Medien in der Europäischen Union“ von den Mitgliedstaaten zur Förderung einer pluralistischen, unabhängigen Medienlandschaft in der EU einfordert.

Ich begrüße, dass die Bundesregierung auf die lückenlose Aufklärung der noch nicht endgültig geklärten Journalistenmorde drängen wird und sich für die Umsetzung der Forderungen der EU nachdrücklich einsetzen will.

## Mehr Bücher für Menschen mit Seh- oder Lesebehinderung

Ich freue mich, dass am Donnerstag dieser Woche durch das Gesetz zur Umsetzung der Marrakesch-Richtlinie aus dem Jahre 2013 nun endlich der Zugang zu urheberrechtlich geschützten Werken für Menschen mit einer Seh- oder Lesebehinderung verbessert wurde.

Künftig brauchen Betroffene und Blindenbibliotheken nicht mehr die Erlaubnis der Urheber, um barrierefreie Kopien literarischer Werke (als Hörbuch oder in Blindenschrift) herzustellen. Grundlage ist die UN-Behinderten-

konvention BRK aus dem Jahre 2006, die 2008 in Kraft trat. Bisher sind nur fünf Prozent aller Bücher barrierefrei verfügbar.

Nach intensiven Beratungen hat die Bundesregierung die vom Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz empfohlenen Änderungen zu Begriffsdefinitionen des Personenkreises sowie die Aufsicht über befugte Stellen und die Vergütungspflicht geregelt.

Nun erweitert sich der berechnigte Personenkreis auf Menschen mit seelischen und Sin-

nesbeeinträchtigungen. Es wird auch eine angemessene maßvolle Vergütung für die Rechteinhaber der genutzten Werke anerkannt sowie ein finanzieller Mehrbedarf der Blindenbibliotheken im Rahmen der Zuweisung von Haushaltsmitteln sichergestellt. Ich meine, dass somit ein guter Ausgleich der Interessen gewährleistet ist.

## Erfolgreiche Mediation in Frankfurt (Oder)

In meinem Grußwort zur Mediations Conference am 6. Oktober 2018 an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) habe ich auf die erfolgreiche Einrichtung dieses Instruments in Frankfurt (Oder) hingewiesen. Zusammen mit Professoren der Universität habe ich in den 90-er Jahren, als die Ausländerfeindlichkeit zunahm, ein Projekt zur praxisorientierten Ausbildung von Mediatoren ins Leben gerufen. Diese Mediationsausbildung arbeitet noch heute.

Ausgebildete Mediatoren, insbesondere auch Studierende der Viadrina und unterdessen in Verantwortung stehende Absolventen wie z.B. der amtierende Oberbürgermeister der Stadt, weisen gerne auf ihre dort erlebte Ausbildung hin. Vermutlich hat diese ihnen dabei geholfen, ihr heutiges Amt kompetenter und erfolgreicher auszufüllen.

Eine Ausbildung zum Mediator konnte man auch durch die Verpflichtung zu unbezahlten Mediationsstunden nach Abschluss der Ausbildung finanzieren. So stand uns in der Stadt nach zwei Jahren eine Reihe von Mediatoren zur Verfügung, die in unterschiedlichsten Konfliktfeldern tätig wurden.

Dieses vielfältige Wirken hat die Bereitschaft und Fähigkeit zum Ausgleich von Interessen zwischen verschiedenen Gruppen gefördert und

wahrnehmbare Spuren hinterlassen. Die jüngsten gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Migranten und Einwohnern in Frankfurt fanden kein Echo in Bürgerdemonstrationen gegen Flüchtlinge wie in Chemnitz, Cottbus, Bernburg oder anderen Städten. Vielleicht ist dies ein Indiz für die tatsächlich größere Bereitschaft in der Stadt, Probleme gewaltlos zu lösen.

Zweitens war ich als Sozialpädagoge und als Oberbürgermeister immer mit der Bewältigung von Konflikten beschäftigt. Konfliktlösungen gehören auch jetzt für mich als Bundestagsabgeordneter zu den vorrangigen Aufgaben zur Bewältigung des persönlichen, gesellschaftlichen und politischen Alltags. Lebt doch demokratisches Miteinander von der kleinsten Gruppe unserer Gesellschaft bis in die Internationale Politik hinein von einem gelingenden, gewaltlosen Interessenausgleich, immer zugleich bedroht von der tradierten Anwendung von Gewalt zur Konfliktlösung. Das Mühen um Verstehen und die Ausbildung von Toleranz - nicht zuletzt auch Frustrationstoleranz - sowie die Befähigung zur Beherrschung dafür hilfreicher Strategien wird ein andauernder Prozess bleiben.

Das andauernde Bemühen um mediative Konfliktlösungen und eine zunehmende Befähigung einer wachsenden Zahl von Menschen dazu hilft, den Ausweg aus der Bar-

barerei, die Entwicklung des Humanen und dessen permanente Gefährdung voranzubringen. Als Mitglied des Menschenrechts- bzw. des Familienausschusses im Bundestag und als Politiker, der sich intensiv um die Bewältigung der Probleme der Migration von Flüchtlingen in unserem Land bemüht, weiß ich sehr wohl, wovon ich rede. Nicht zuletzt trete ich unermüdlich dafür ein, Bedingungen für die Entwicklung von Empathie und Toleranz, Basiskompetenzen für Demokratieverhalt, von frühester Kindheit an zu fördern.

Ich wünschte mir sehr, dass meine Kolleginnen und Kollegen und mehr und mehr politische Verantwortungsträger den Wert der Mediation erkennen und diese suchen wie fördern würden. Letztlich geht es um eine wachsende Befähigung des Menschen, in individuellen wie gesellschaftlichen Lebenszusammenhängen auf den Sinn und Wert von Interessenausgleich zu vertrauen.

Unterdessen ist die Mediation als Konfliktlösungsstrategie weit in die wissenschaftliche Forschung und Vermittlung, in Beratung und Praxis gedrungen. Der heutige Kongress gibt mit seinem ambitionierten Programm dafür den besten Beweis.



## Martin Patzelt, MdB

### Büro Berlin

Katja Frenkel  
Dr. Maria Blömer  
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030/227 71440  
Fax 030/227 76439  
martin.patzelt@bundestag.de

### Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Oleksii Kysliak  
Sophienstr. 41/42  
15230 Frankfurt (Oder)  
Tel. 0335/401 24 860  
Fax 0335/530746  
martin.patzelt.ma05@bundestag.de  
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,  
Mi 9-16 Uhr

### Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Oleksii Kysliak  
Beeskowerstr. 114  
15890 Eisenhüttenstadt  
Tel. 0335/401 24 860  
Fax 0335/530746

### Wahlkreisbüro Beeskow

Breite Straße 40  
15848 Beeskow  
Tel. 0335/401 24 860  
Fax 0335/530746

Sie können den Newsletter  
direkt über die Homepage  
abonnieren, oder senden Sie  
uns eine E-Mail an:  
martin.patzelt@bundestag.de

[www.martin-patzelt.de](http://www.martin-patzelt.de)

## Menschenrecht auf Religionsfreiheit stärken

Das Menschenrecht auf Religionsfreiheit weltweit stärken – für alle Menschen – ist ein wichtiges und zentrales Anliegen, dass wir am Freitag (19.10.2018) mit dem im Plenum des Deutschen Bundestages beratenen Antrag der CDU/CSU und SPD bewirken wollen.

Wir betonen damit unser Engagement, diesem zentralen Menschenrecht auf Religionsfreiheit, das im Grundgesetz in Art. 4 gesichert ist, nämlich die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses, weltweit eine unbeschränkte Bedeutung zu geben. Das auch in der Allgemeinen Erklärung der

Menschenrechte der Vereinten Nationen als individuelles Freiheitsrecht verankerte Recht schützt sowohl die verfolgten und bedrängten Christen als eben auch alle Menschen jedweder Religion oder Weltanschauung.

Leider gibt es global Tendenzen, Religionen wieder gegeneinander auszuspielen. Dieses beklagen sowohl friedliebende Christen, Moslems, Juden, Buddhisten und andere religiöse Vertreter\*innen als auch Humanisten und Menschen anderer Weltanschauungen. Wir heben uns mit dem Antrag „Menschenrecht auf Religionsfreiheit für alle stärken“ damit gegen diese Tendenzen ab. Und wir heben uns auch ganz bewusst gegen den von der AfD eingebrachten Antrag ab, der ausschließlich die

„Christenverfolgung stoppen und sanktionieren“ will und damit gegen unseren grundsätzlich gültigen Religionsfreiheits-Gedanken agiert, um Unfrieden in der Gesellschaft zu säen.

Ich kann festhalten, dass in Staaten, in denen die Religionsfreiheit Anerkennung findet, oft auch die Einhaltung weiterer Menschenrechte feststellbar ist, sodass man die Religionsfreiheit als eine Basis für weitere demokratische und freiheitliche Entwicklungen bezeichnen kann. Nur wer dem generellen Prinzip der Religionsfreiheit für alle Menschen zustimmt, dient letztendlich dem friedlichen Zusammenleben aller Religionen und aller Menschen.

## Europäischer Tag gegen Menschenhandel

Am Donnerstag war der Europäische Tag gegen Menschenhandel. Menschenhandel und moderne Sklaverei widerspricht zutiefst unserem Bild von der Freiheit und der Würde eines jeden Menschen. Wir können nicht laut und nachdrücklich genug unsere Stimme dagegen erheben und diejenigen stigmatisieren, die dies heute noch und manchmal sogar wiederum betreiben.

